

6. Eine LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen!

6.3 Wie wollen Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und -maßnahmen die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von LSBTI als demokratische Werte vermittelt werden?

Union



„CDU und CSU haben im Jahr 2005 die erfolgreichen Integrationskurse eingeführt. Seit dem Jahr 2007 basiert der darin enthaltene Orientierungskurs auf einem bundesweit einheitlichen Curriculum. Dieses beschreibt detailliert Lernziele, Inhalte und Methoden und ermöglicht gleichzeitig eine flexible Gestaltung des Unterrichts.“

Mit dem Integrationsgesetz wurden im vergangenen Jahr die Stunden der Orientierungskurse von 60 auf 100 Unterrichtsstunden erhöht. Daher wurde das Curriculum für die Orientierungskurse im Jahr 2016 in Zusammenarbeit mit Mitgliedern einer vom Bundesministerium des Innern berufenen Bewertungskommission intensiv überarbeitet.

Grundsätzlich dient der Orientierungskurs der Vermittlung von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Dabei sollen insbesondere auch die Werte des demokratischen Staatswesens in Deutschland und die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit vermittelt werden.

Im „Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs“ (Überarbeitete Neuauflage für 100 UE – April 2017, <https://www.bamf.de/>) tauchen die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von LSBTI als demokratische Werte explizit auf und sind damit feste Unterrichtsbestandteile: So wird im Modul I die „Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung und Lebensweise“ gelehrt, in Modul III die „Akzeptanz von Partnerschaften unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung“.

SPD



„Wie bereits erwähnt wollen wir auch die Gleichheitsrechte in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um die sexuelle Identität erweitern und darüber hinaus Initiativen gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie verstärken. Die Lage von trans- und intergeschlechtlichen Menschen werden wir verbessern und gewährleisten, dass sie selbst über ihr Leben bestimmen können. Das betrifft nicht nur medizinische, gesundheitliche und soziale, sondern auch rechtliche Aspekte. Wir werden das Transsexuellengesetz und weitere Gesetzen dementsprechend reformieren.“

Linke



„Es ist aus Sicht der LINKEN wichtig, dass die deutsche eine Gesellschaft ist, die auf Offenheit und demokratischen Werten basiert. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Integrations- und gerade auch die Sprachkurse die Vielfalt und Offenheit der Gesellschaft vermitteln. Hier sollten aus Sicht der LINKEN die Lehrbücher weiterentwickelt werden, denn

hier besteht gerade in den Sprachkursen Nachholbedarf.“

Grüne



„Die Lebenssituation und die Nichtdiskriminierung von LSBTI müssen Teil der Orientierungskurse und damit der grundlegenden Integrationskurse sein. Im Kontext der Vermittlung von Themen wie Religionsfreiheit, Rechtsordnung, Rechte und Pflichten von Bürger*innen müssen auch die Rechte von LSBTI thematisiert werden. Neben der Bearbeitung im Rahmen der Integrationskurse ist es aus unserer Sicht notwendig spezifische Angebote im Rahmen der Aufnahme für LSBTI zur Verfügung zu stellen und diese auch gegenüber anderen Flüchtlingen inhaltlich zu begründen und als Teil des selbstverständlichen Umgangs darzustellen.“

FDP



„Wir Freie Demokraten wollen, dass die sexuelle Orientierung analog zur Grundrechtecharta der EU auch in Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes aufgenommen wird. Das deutsche Grundgesetz ist als Wertekanon unserer Demokratie wichtiger Bestandteil von Integrationskursen, an denen Geflüchtete sobald wie möglich nach Ankunft in Deutschland teilnehmen sollen.“

AfD: Nein



„Dies gilt es genau zu prüfen, Die Einstufung von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ muss der Einzelfallprüfung von Asylgesuchen keinen Abbruch tun. Es kann in Einzelfällen über Härtefallregel u n gen Bleiberecht erwirkt werden.

Antischwule und transfeindliche Gewalt in Flüchtlingsheimen ist nicht zu tolerieren.

Aktiver Schutz aller Homosexuellen in unserem Staate, der einheimischen wie der wirklichen Flüchtlinge, muss Vorrang haben vor dem Missbrauch sexueller Minderheiten für Ideologien.

Wir sind generell gegen gesonderte Aufnahme- und Aufenthaltseinrichtungen für sexuelle oder religiöse Minderheiten. Wir empfinden die Notwendigkeit dazu als einen unhaltbaren Zustand, der in der verantwortungslos herbeigeführten heutigen Situation freilich unausweichlich erscheint.

Unsere Regeln und unsere Gesetze sind unabdingbar zur Kenntnis und zur Anwendung zu bringen.

Hier gilt das Grundgesetz sowie deutsches Recht - nicht die Scharia. Ein Einwanderungsstopp für kulturfremde Menschen stärkt auch die Akzeptanz von gesellschaftlichen Untergruppen. Denn durch klare Regeln zeigen wir auf, dass Deutschland ein Land ist, das auf dem Asylrecht, dem Schutz von Bürgerrechten, sowie den Kinder- Frauen- und Minderheitenrechten beruht.“

„Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“
Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl 2017

Legende



super



ja



vage



nein



gefährlich